

Der stille Notstand

Burmas AIDS-Krise

von Oliver Wagener

Der SARS-Virus und die befürchteten Konsequenzen seiner weltweiten Ausbreitung schafften es, die Weltöffentlichkeit für einige Monate in Atem zu halten. Doch inzwischen ist die Krankheit fast gänzlich aus den Schlagzeilen verschwunden. Andere Krankheiten mit globalen Ausmaßen bedeuten jedoch auch nach dem Abflauen der SARS-Epidemie eine lebensbedrohliche Gefahr nicht nur für die Bevölkerung zahlreicher armer und ärmster Länder, sondern auch für den Staat als Institution an sich. Als größte Bedrohung gilt der HIV-/AIDS-Virus. Seit 20 Jahren weltweit auf dem Vormarsch, ist neben Afrika vor allem Asien von der Epidemie betroffen.

Die höchsten Infektionsraten in Südostasien weisen Kambodscha und Burma auf. Allerdings scheint Kambodscha die Ausbreitung des Virus langsam in den Griff zu bekommen, in Burma ist jedoch eher das Gegenteil der Fall. Die Epidemie hat sich in dem isolierten Land in nur wenigen Jahren derart rasant ausgebreitet, dass Vertreter der Vereinten Nationen Burma schon im Jahr 2001 am Rande einer humanitären Krise sahen.

Rund 500.000 Menschen sollen Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und anderen UN-Organen zufolge mit HIV infiziert sein; ein beträchtlicher Teil davon sind Frauen und Kinder. Dies bedeutet für die Gruppe der 15-49-Jährigen, dass auf fünfzig Burmesen ein HIV-Infizierter kommt — mit steigender Tendenz. Dabei handelt es sich um eher vorsichtige Schätzungen, denn offizielle oder unabhängige Daten aus Burma sind kaum zu bekommen. Wie immer, wenn es um politisch oder sozial sensible Themen in Burma geht, dringen aus dem Land selbst nur wenige Informationen nach außen. UNICEF bezeichnet daher Burmas AIDS-Krise auch als »stillen Notstand«.

Das Militärregime in Rangun, das sich seit 1997 *State Peace and*

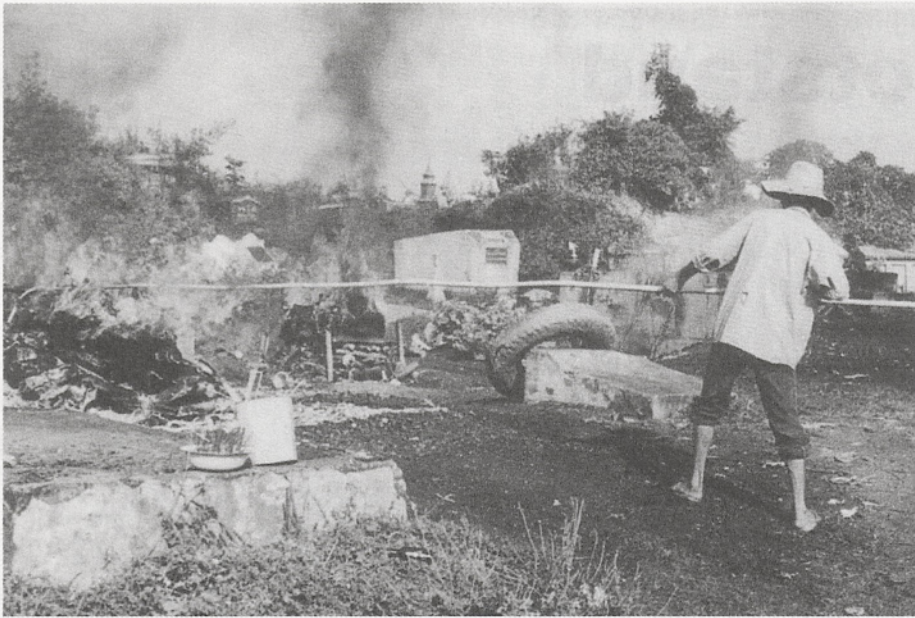
Der Autor studiert im Magisterstudengang Südostasienwissenschaften und Politologie, mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen, in Frankfurt/Main.

Development Council (SPDC) nennt, ist bis dato nicht bereit, das Problem in seiner ganzen Tragweite anzuerkennen und spielt ausländische Berichte als übertrieben herunter. Für die Dekade der 90er Jahre gab das Gesundheitsministerium die Anzahl der HIV-positiv getesteten Burmesen mit nur 33.553 an, 4.598 Menschen seien in medizinischer Behandlung, 1.973 Personen in den letzten zehn Jahren an dem Virus gestorben. Erstaunlicherweise hat Burma bereits seit 1985 ein von unabhängigen Experten gelobtes hocheffektives Überwachungssystem, so dass der erste HIV-positiv getestete Fall 1988 und der erste AIDS-Fall 1991 festgestellt werden konnte. Die Junta tut sich mit der Herausgabe oder Veröffentlichung solcher Daten jedoch immer noch schwer und verhindert dadurch ein effektiveres Vorgehen gegen AIDS in Burma. Dies hängt unter anderem damit zusammen, daß AIDS allgemein als »unmoralische« Krankheit gilt, die auf Nachahmung westlicher und damit sündhafter Verhaltensweisen zurückgeführt wird. Der Generalsekretär des SPDC und zweitmächtigstes Mitglied der Junta, Generalleutnant Khin Nyunt, leugnete noch 1999 Berichte über eine AIDS-Epidemie mit dem Hinweis auf die Unvereinbarkeit der buddhistischen Kultur Burmas mit Übertragungsmöglichkeiten für HIV/AIDS. Dementsprechend wurde das Vorhandensein von weitverbreiteter Prostitution oder Drogenmissbrauch jahrelang offiziell verneint, obwohl gerade Prostituierte

und Drogenabhängige in Burma unfreiwillig für die Ausbreitung des Virus sorgen. Gesundheitliche Aufklärung und Vorsorge sind daher auch nur dort vorhanden, wo internationale Nichtregierungsorganisationen und UN-Organen Zugang haben, und dies ist eher die Ausnahme als die Regel. Der kaum vorhandene Gesundheitssektor Burmas ist für dieses Problem auch nicht im geringsten ausgestattet. Die staatlichen Ausgaben für Gesundheitsfürsorge in Burma übertrafen 1999/2000 mit 0,17 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) nur noch das Schlußlicht Sierra Leone (zum Vergleich: Selbst die USA geben ca. 14 Prozent ihres BIP für die Gesundheitsfürsorge aus). Mitverantwortlich für die Verbreitung des Virus wird auch die massenhafte Zwangsumsiedlung vor allem von ethnischen Minderheiten innerhalb Burmas gesehen, die speziell Frauen aus Armut in die Prostitution treibt.

Nationales Sicherheitsrisiko mit verheerenden Folgen

Dennoch hat in den letzten Jahren ein Umdenken eingesetzt. Mitarbeiter des Regimes haben das Problem 1999 zum ersten Mal anerkannt und Generalleutnant Khin Nyunt schätzte HIV/AIDS in einem Interview mit der *Myanmar Times* im Jahr 2001 sogar als nationales Sicherheitsrisiko mit verheerenden Folgen für das burmesische Volk ein. Es



aus: Burma Debate Vol. 5, No. 2, 1996, S. 10

Verbrennung auf dem Friedhof von Tachilek, Burma. Drei von vier Verbrannten sind an AIDS gestorben.

gibt durchaus einen Unterschied zwischen der öffentlichen Rhetorik hochrangiger SPDC-Mitglieder und der realistischeren Einschätzung des Bedrohungspotentials durch HIV/AIDS seitens ziviler Beamter. Die Generäle in Rangun haben mittlerweile zumindest teilweise begriffen, dass AIDS als mehrdimensionales Sicherheitsrisiko nicht nur für den Einzelnen oder Teile der Bevölkerung zu betrachten ist, sondern auch die Fundamente des Staates angreifen kann. Wenn beträchtliche Teile der Arbeiterschaft an HIV/AIDS erkranken führt dies zu Ausfällen in der Wirtschaft. Die kommunale und nationale Sicherheit wird beeinträchtigt, wenn Infektionen unter Teilen des Sicherheitsapparates oder der zivilen Verwaltung zum Ausfall von staatlichen Funktionen führen. Ein AIDS-geschwächter Polizeiparagraf ist weniger effektiv im Kampf gegen zunehmende Kriminalität. HIV/AIDS unter Soldaten sowie Offizieren schwächt die Kampfkraft der Streitkräfte im Kampf gegen Rebellengruppen in den Grenzgebieten.

HIV/AIDS scheint nach einigen Berichten unter Soldaten der *Tatmadaw* nicht selten vorzukommen und wird so auch in den umkämpften Grenzgebieten weiter verbreitet, einerseits durch Prostitution oder Drogenmissbrauch, andererseits durch systematische Vergewaltigungen von Frauen ethnischer Minderheiten. Und schließlich führt das Übergreifen durch HIV/AIDS verursachter nationaler Probleme auf Nachbarländer zu

einem internationalen Sicherheitsproblem. So stellen zum Beispiel die unsicheren Grenzen Burmas zu China oder Thailand Problemzonen dar, weil sich dort Drogenhandel und Prostitution etablieren oder Flüchtlinge sowie Arbeitsmigranten den Virus in die Nachbarländer tragen.

AIDS und andere Krankheiten werden inzwischen zusammen mit der Flüchtlingsproblematik, Drogenhandel, Kriminalität und Umweltzerstörung zum Komplex der transnationalen Sicherheitsrisiken hinzugechnet, welche die nationale Sicherheit eines Staates bedrohen können. Die Vereinten Nationen haben den »menschlichen« Sicherheitsbegriff geprägt (*human security*), bei dem Sicherheit mehr ist als das Nicht-Vorhandensein oder die Abwesenheit eines bewaffneten Konflikts, sondern auf die persönliche Ebene gehoben wird.

Das Auftreten erster AIDS-Fälle unter Mitgliedern der Militärjunta oder Angehörigen der Streitkräfte und massiver internationaler Druck seitens der Vereinten Nationen, westlicher wie auch asiatischer Akteure, mag dazu beigetragen haben, dass HIV/AIDS in Burma inzwischen nicht mehr totgeschwiegen wird. Burma hat seit den späten 90er Jahren an mehreren internationalen Treffen zur AIDS-Problematik teilgenommen und wichtige regionale und internationale Deklarationen unterzeichnet, beispielsweise innerhalb der ASEAN oder mit UNAIDS. Daneben wurde dem Virus im Rahmen des nationalen

Gesundheitsplanes inzwischen eine hohe Priorität beigemessen (wenn auch nicht die höchste Priorität). Kritische Stimmen zum neuen Interesse der Junta an der AIDS-Bekämpfung merken jedoch an, dass die Aussicht auf internationale Hilfsgelder zu dieser Entscheidung beigetragen habe. Das wichtigste Hilfsprogramm wird von UNAIDS koordiniert und soll bis 2005 in Zusammenarbeit mit der burmesischen Regierung, internationalen Hilfsgruppen und der Oppositionspartei *National League of Democrats* (NLD) umgesetzt werden.

Doch erstens ist die Summe von 51 Millionen US-Dollar bei weitem nicht ausreichend (zum Vergleich: Thailand erhält rund 120 Millionen US-Dollar jährlich an Spenden und Hilfsgeldern), um ein umfassendes Präventionsprogramm zu unterhalten und zweitens ist bis jetzt nur ein Teil der Summe tatsächlich verfügbar. Die durch die Junta beschlossenen Maßnahmen wurden bis jetzt auch nicht umgesetzt. Es fehlt neben personeller, technischer und finanzieller Ausstattung immer noch an politischem Willen. So verbietet der SPDC westlichen Hilfsgruppen nach wie vor die Durchführung von HIV-Tests in Burma, obwohl die eigenen Mittel nur selektive und sporadische Untersuchungen zulassen. Es sollte im deutlichen Interesse der Militärmachthaber in Rangun wie auch der internationalen Gemeinschaft sein, die HIV-/AIDS-Krise Burmas nicht zu einer HIV-/AIDS-Katastrophe ausufern zu lassen. Leider sind die Weichen hierfür im Land selbst bereits gestellt, und auch die internationale Aufmerksamkeit für die großen humanitären Probleme Burmas ist angesichts anderer globaler Krisenherde immer noch zu gering. ●

Quellen

- Council on Foreign Relations, *Burma: A Time for Change*, New York, 2003.
- Alternative Asean Network on Burma (ALTSEAN), *Balancing Act, Report Card Burma*, Bangkok, 10 October – 31 December 2002.
- Alternative Asean Network on Burma (ALTSEAN), *Rangoon Suspense, Report Card Burma*, Bangkok, 1 December 2001 – 31 March 2002.
- International Crisis Group (ICG), *Myanmar: The HIV/AIDS Crisis*, ICG Briefing Paper, Bangkok/Brussels, 2 April 2002.
- International Crisis Group (ICG), *HIV/AIDS as a Security Issue*, ICG Report, Washington/Brussels, 19 June 2001.
- The Irrawaddy, <http://www.irrawaddy.org>.